

WIL

Regional > Wil

Donnerstag, 23. August 2007

[Drucken](#) | [Versenden](#) | [Kommentieren](#) | [Leserbrief](#)

Stadtrat gegen Pistenausbau

Petition des Bürgerprotestes Fluglärm Ost an den Bundesrat unterschrieben

Der Stadtrat unterstützt die Petition «Pistenausbau Nein». Der Verzicht auf eine Verlängerung der Piste 28 ist eine seiner Forderungen beim Engagement gegen eine einseitige Verlagerung des Flugbetriebs in Richtung Osten.

Der Wiler Stadtrat hat Anfang Juli im Rahmen der Beantwortung eines parlamentarischen Vorstosses seine Forderungen im laufenden SIL-Prozess (Sachplan Infrastruktur Luftfahrt) für den Flughafen Zürich-Kloten öffentlich bekannt gegeben. Demnach solle sich der künftige Flugbetrieb so weit als möglich an den gewachsenen Strukturen orientieren und die Nordausrichtung des Flughafens folglich beibehalten werden, ist in einer Medienmitteilung der Stadtkanzlei zu lesen. Betriebsvarianten, die eine Verlängerung der Piste 28 voraussetzen, werden vom Stadtrat kategorisch abgelehnt, da sie zu einer einseitigen Verlagerung des Flugbetriebs gegen Osten führten.

Verlängerungen bekämpfen

Schliesslich wird vom Wiler Stadtrat im Bereich des Ostanflugs und Ostabflugs eine Entflechtung der Starts und Landungen gefordert, verbunden mit einer Anpassung der Luftraum-Untergrenze an die Situation vor Einführung des Instrumentenlandesystems auf der Piste 28 (ILS 28). Aufgrund des Ergebnisses des SIL-Prozesses, wonach für den Flughafen Zürich-Kloten auch Pistenverlängerungen und Betriebsvarianten mit einem Parallelpisten-System vertieft zu prüfen sind, hat der Bürgerprotest Fluglärm Ost eine Petition an den Bundesrat lanciert. Für die nächsten zehn Jahre wird ein Verzicht auf jegliche Änderungen an den Pisten gefordert, insbesondere auf deren Verlängerungen und den Bau von Parallelpisten.

Zentrale Forderung

«Der Stadtrat hat sich inzwischen ebenfalls in die Unterstützungsliste eingetragen, zumal der Verzicht auf eine Verlängerung der Piste 28 eine zentrale Forderung in seinem Engagement gegen eine einseitige Verlagerung des Fluglärms über unser Gebiet darstellt», ist in der Mitteilung weiter zu lesen. Auch in Zukunft sollen zusammen mit dem Kanton, der Interkantonalen Regionalplanungsgruppe (IRPG) und der Region Ost sämtliche rechtlichen und politischen Mittel ausgeschöpft werden, um die Ostausrichtung des Flugverkehrs zu verhindern. Die Unterzeichnung der Petition versteht der Stadtrat als ein Instrument dazu. (sk.)